



## POLITIK / REDAKTION

### Kämpfe in Tripolis - Libyens vor dem Bürgerkrieg

*Libyens Zentralregierung bekommt die Milizen nicht in den Griff*

Am 7. November ist es in der libyschen Hauptstadt Tripolis zu den schwersten Kämpfen seit dem Sturz Muammar Gaddhafis vor zwei Jahren gekommen. Bei Feuergefechten in mehreren Stadtteilen wurden drei Menschen getötet und rund ein Dutzend verletzt. Die Teilnehmer der Auseinandersetzung griffen sich gegenseitig mit Maschinengewehren und Granatwerfern an ... (Seite 9)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Wir sind Deutschland? - Wir sind Lampedusa!

Sollte das ausnahmsweise einmal eine gute Nachricht sein? "Verantwortlicher der Lampedusa-Tragödie gefasst", titelt Die Welt [1], und entsprechende Schlagzeilen bekommt man auch bei diversen anderen deutschen Medien zu lesen. Ernüchterung folgt auf dem Fuß, denn natürlich handelt es sich bei dem identifizierten Täter nicht um einen Mitarbeiter der Grenzschutzorganisation FRONTEX ... (Seite 10)

## SPORT / BOXEN

### Soll Vitali Klitschko endlich Farbe bekennen?

... (Seite 16)

### Golden Boy macht Cotto Kampf gegen Alvarez schmackhaft

... (Seite 16)

## Lampedusa in Hamburg - Christenpflicht und Staatsräson, Pastor Sieghard Wilm im Gespräch

*"Das bekommt eine Dimension, die hätte ich nie für möglich gehalten."*

*Gespräch mit Pastor Sieghard Wilm am 2. November 2013  
in Hamburg St. Pauli*



*Pastor Sieghard Wilm im Gespräch  
Foto: © 2013 by Schattenblick*

Als die NATO 2011 mit ihren Bombardierungen Libyens begann, um den Sturz Muammar el Ghaddafis herbeizuführen, geschah dies vermeintlich aus humanitären Gründen. Zu der angeblich auf diese Weise geschützten libyschen Zivilbevölkerung gehörten dunkelhäutige Arbeitssimmigranten aus westafrikanischen Staaten. Der Krieg zwang sie zur Flucht, Tausende von ihnen landeten im Flüchtlingslager Lampedusa. Die italienische Regierung bereitete ihrem Aufenthalt schließlich ein Ende und hieß sie, das Land in Richtung

Norden zu verlassen. Rund 300 der abermals vertriebenen Kriegsflüchtlinge erreichten Hamburg, ohne zunächst Aufsehen zu erregen, da sie im Nothilfeprogramm für Obdachlose Unterkunft fanden. Dies änderte sich schlagartig, als sie im April abermals auf die Straße gesetzt und in den Folgewochen sogar von öffentlichen Plätzen, auf denen das Übernachten einheimischer Obdachloser noch toleriert wird, vertrieben wurden.

In dieser Situation nahm die St.-Pauli-Kirche 80 von ihnen auf, so viele, wie das Gotteshaus gerade noch fassen konnte. Die Lampedusa-Flüchtlinge begannen sich zu organisieren, sie schlossen sich zur Gruppe "Lampedusa in Hamburg" zusammen und treten seitdem mit ihren Forderungen um ein Bleiberecht geschlossen in der Öffentlichkeit auf. Hamburger Gruppen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften und weitere Organisationen, aber auch viele Privatpersonen haben sich mit ihnen solidarisiert; sei es, daß sie praktische Unterstützung leisten, sei es, daß sie an den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen teilnehmen, die in der Hamburger Innenstadt von der Gruppe und ihren Unterstützern organisiert werden. Als vor wenigen Wochen die Hamburger Polizei ge-

zielt und verstärkt dunkelhäutige Menschen in St. Pauli und St. Georg, wo die Gruppe Lampedusa in der Nähe des Hauptbahnhofs ein Infozelt unterhält, zu kontrollieren begann, wuchs die Solidaritätsbewegung in der Stadt, aber auch bundesweit noch weiter an.

Der Tod Hunderter Bootsflüchtlinge Anfang Oktober im Mittelmeer vor Lampedusa hatte einmal mehr allen in der Flüchtlingspolitik engagierten Menschen drastisch vor Augen geführt, für welche tödliche Politik "Lampedusa in Hamburg" eigentlich Zeuge und lebendes Mahnmal ist. Der Name der Gruppe trifft in doppelter Hinsicht ins Schwarze. Die Kriegsflüchtlinge aus Lampedusa haben das ihnen wie der gesamten libyschen Zivilbevölkerung von den NATO-Staaten aufgezwungene Kriegsschicksal in die EU-Staaten zurück und in diesem Fall nach Hamburg getragen. Der Begriff trifft aber auch deshalb zu, weil die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik inzwischen obsolet geworden ist. Die Abwehr unerwünschter Menschen, Stichwort Frontex und die Kriminalisierung von Rettungsmaßnahmen zugunsten Schiffbrüchiger in Italien, scheint eine bislang noch nicht erreichte tödliche Qualität erreicht zu haben, wird doch die Zahl der im Mittelmeer in den letzten Jahren ertrunkenen Flüchtlinge auf über 20.000 geschätzt und liegt womöglich noch weitaus höher.

"Lampedusa in Hamburg" könnte auch aufgefaßt werden als ein Hinweis darauf, wie sehr die entrechtete Lage zahlloser Geflohener, die irgendwo in der EU gestrandet sind oder sich im Stacheldraht ihrer Außengrenzen verfangen haben, möglicherweise mit den realen Alltagserfahrungen und Armutsbedingungen der einheimischen europäischen Bevölkerungen korrespondiert. "Lampedusa in Hamburg" hieße dann, daß die Menschen in der Hansestadt wie auch in allen anderen Regionen der

EU, die sich ihres relativen Wohlstandes sicher sein zu können glauben, an den persönlichen Lebensgeschichten dieser Kriegsflüchtlinge ablesen könnten, wie sinnvoll und effizient die Freisetzung einer gemeinsamen Solidarität unter der Voraussetzung, daß die hiesigen Unterstützer und Sympathisanten in ihrem eigenen Interesse die Widersprüche und Grenzen eines allein humanitär begründeten Engagements nicht länger ignorierten, womöglich sein könnte.

Mit Pastor Sieghard Wilm von der St.-Pauli-Kirche hatte der Schattenblick am Tag der großen Demonstration, deren von der Polizei vorab auf 3.000 geschätzte Teilnehmerzahl mit 9.000 (nach Polizeiangaben) oder gar 10- bis 15.000 (nach Angaben der Veranstalter) weit übertroffen wurde, die Gelegenheit zu einem längeren Gespräch über die aktuelle Lage, die Haltung der evangelischen Kirche und die Beweggründe und Schlußfolgerungen eines engagierten Geistlichen.



*St.-Pauli-Kirche mit Nachbarhaus und Grünanlagen - Eine Stätte, in der das Gebot der Barmherzigkeit noch einen konkreten Bestand hat*  
Foto: © 2013 by Schattenblick

Schattenblick: Das Kirchenasyl ist eine alte Tradition in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche und ist jetzt durch die Entscheidung Ihrer Kirche, die Flüchtlinge der Lampedusa-Gruppe aufzunehmen, neu in die Öffentlichkeit gebracht worden. Wie verstehen Sie diese Unterstützung und wie ist die Entscheidung zu der Aufnahme der Flüchtlinge zustande gekommen?

Sieghard Wilm: Da muß ich erst einmal eine inhaltliche Sache klarstellen. Es handelt sich nicht um Kirchenasyl. Das ist sehr wichtig zu unterscheiden, auch wenn die Boulevardpresse diesen Begriff in diesem Zusammenhang öfter in die Öffentlichkeit geführt hat. Es handelt sich um humanitäre Nothilfe. Das ist ein großer Unterschied. Denn Kirchenasyl tritt in dem Fall ein, daß jemand Asyl in Deutschland beantragt hat und dieses Asyl abgelehnt wird. Wenn dann das Berufungsverfahren beginnt, bietet die Kirche in dieser Zeit einen Schutzraum, damit die betreffende Person nicht abgeschoben wird. Damit die

Berufungsverfahren erfolgreich durchgeführt und alle Rechtsmittel bis hin zur Härtefallkommission ausgeschöpft werden können, ist Kirchenasyl das Instrument.

Bei der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" handelt es sich nicht um Kirchenasyl, denn diese Leute haben in Deutschland keinen Asylantrag gestellt. Die prinzipielle Schutzbedürftigkeit dieser Flüchtlinge ist durch den italienischen Staat schon anerkannt worden. Das heißt, es geht hier nicht um die Frage einer grundsätzlichen Schutzbedürftigkeit, die ist geklärt. Es geht um die Frage, ob Italien ihnen diesen Schutz nach dem europäischen Gesetzesrahmen - Dublin II, Dublin III - geben kann oder geben will. Darüber gehen die Meinungen dann auseinander. Nach unseren Informationen ist Italien nicht in der Lage oder auch nicht willens, ihnen den Schutz, der ihnen zustehen würde, zu geben. Ergo haben die Männer selbst eine innereuropäische Fluchtalternative gesucht und letztlich hier in Hamburg gefunden. Das ist eine sehr, sehr komplexe Thematik.

SB: Wie könnte man die prekäre Lage dieser Flüchtlinge jemandem vermitteln, der noch nie mit diesem Problem in Berührung gekommen ist?

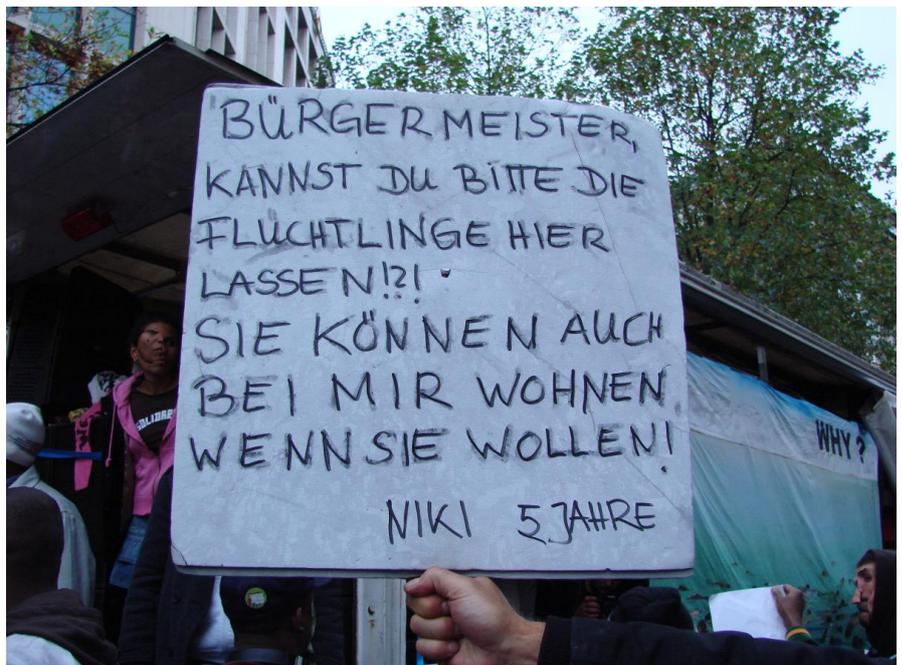
SW: Nun, die prekäre Lage ist ganz klar. Jeder hat versucht, aus der Misere in Italien herauszukommen. Es muß erbärmlich gewesen sein. Die Lager wurden geschlossen. Die Leute kamen mitten im Winter auf die Straße, einige hatten Geld erhalten, andere nicht. Es wird immer pauschal darüber geredet, sie hätten alle 500 Euro erhalten, aber das stimmt so nicht, da gibt es sehr unterschiedliche Informationen. Und dann sind die Leute schließlich hier gestrandet. Sie lebten hier in Obdachlosigkeit. Die Notprogrammhilfe lief Mitte April aus, danach waren sie auf der Straße. Das ging so weit, daß hier in St. Pauli die polnischen Obdachlosen, die unter Brücken leben, tatsächlich Platz gemacht haben, damit neben ihnen noch Afrikaner schlafen können. 300 Leute im Stadtbild zusätzlich zu den Obdachlosen, die wir ohnehin schon haben - es gibt über eintausend Obdachlose in Hamburg -, das macht sich be-

merkbar, und so wurden Menschen in der Nachbarschaft darauf aufmerksam. Daß es eine Selbstorganisation am Hauptbahnhof gibt, habe ich erst im Laufe der Zeit erfahren.

Ich habe die Leute konkret hier auf der Straße gesehen. Und dann war es so, daß sie eines Tages bei mir vor der Tür standen und fragten: "Können wir wenigstens aufs Kirchengelände? Uns droht Vertreibung!" Die hatten immer wieder Platzverweise bekommen, von einem Park zum nächsten. Sie sagten: "Wir wollen um Gottes Willen nicht in Konflikt kommen mit dem Gesetz. Können wir vielleicht in den Kirchengarten, da wo die Gräberreihen sind?" Das fand ich zynisch, wenn man die Überlebenden dieser Katastrophe jetzt plötzlich neben den Toten lagern läßt. Das ist unglaublich! Da hätte ich doch nicht die Kirche abschließen können! Da drinnen ist alles warm und trocken, und draußen liegen die Leute zwischen den Gräbern. Das ist der Grund gewesen. Ich bin ganz einfach diesem Impuls gefolgt, der, glaube ich, ganz natürlich ist.

SB: Ein menschlicher Impuls, der bei Ihnen mit dem religiösen Verständnis zusammenfällt?

SW: Ja, selbstverständlich. Das sind grundlegende Werte, die wir unsere Kinder lehren. Das ist etwas, was wir ihnen sagen: "Helft, habt Barmherzigkeit". Wer möchte denn Kinder großziehen und ihnen diesen menschlichen Ur-Impuls der Barmherzigkeit, daß man den Nächsten anschaut, daß man Mitleid und Empathie empfindet, wer wollte das den Kindern austreiben? Aber vielleicht sind wir im Moment gerade in einer Diskussion, in der es darum geht, ob das noch gesamtgesellschaftliche Werte sind, die weiter kultiviert werden sollen, oder ob das sozusagen eine Grenze hat. Das Verrückte, was geschieht, ist ja, daß diese Werte von den sieben Werken der Barmherzigkeit etwa, die wir schon aus dem Mittelalter und aus den Heiligen Schriften der Juden kennen, heute schon wieder in dem Verdacht stehen, kriminell zu sein. In der Öffentlichkeit fiel der Vorwurf, wir würden Beihilfe zum illegalen Aufenthalt leisten. Damit wird eigentlich diese



*Transparent auf der Demonstration für die Anerkennung der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" am 2. November 2013  
Foto: © 2013 by Schattenblick*

Bewegung der Herzlichkeit und der Willkommenskultur, die hier entstanden ist im Laufe der letzten Monate, kriminalisiert. Das ist für mich sehr erschreckend, daß Menschen, die einem natürlichen Impuls folgen zu helfen, kriminalisiert werden.

SB: Sind Sie persönlich oder Ihres Wissens nach andere Unterstützer schon von Repressalien bedroht, wegen, wie Sie eben erwähnten, des Vorwurfs der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt?

SW: Nein, aber ich finde es schon allerhand, daß mindestens ein Vertreter des Hamburger Senats, nämlich Staatsrat Sachs, öffentlich - schriftlich, aber eben auch mündlich vor der Öffentlichkeit -, die St.-Pauli-Kirche, aber auch alle anderen Unterstützer und Helfer der Gruppe Lampedusa in den Verdacht der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt stellt. Das finde ich unerträglich. Das ist in der Öffentlichkeit auch nie zurückgenommen worden. Das heißt, man ist in der Tat der Meinung, wir würden uns im Bereich des Kriminellen bewegen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Innensenator Neumann ist letzte Woche gefragt worden, warum er denn noch nicht die Lampedusa-Flüchtlinge hier in der St.-Pauli-Kirche besucht habe. Wir haben ihn mehrfach eingeladen. Ich habe ihn persönlich ganz direkt eingeladen. Seine Antwort - das war am letzten Dienstag im Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung - war: "Denken Sie etwa, daß es die Aufgabe eines Innensensors wäre, sich mit Kriminellen zu unterhalten?"

SB: Er hat nicht die geringste Menschlichkeit erkennen lassen?

SW: Das ist für mich ein Spannungsverhältnis, wenn ein Vertreter eines sozialdemokratischen Senats überhaupt nicht erkennt, daß wir es mit einer Bürgerbewegung zu tun haben, die letzten Endes unsere Gesellschaft zukunftsfähig macht. Wenn wir keine Barmherzigkeit wollen, was wol-

len wir dann? Das muß er dann einmal sagen! Wenn wir nicht mehr wollen, daß Menschen aus dem Impuls heraus handeln, anderen, die auf der Straße liegen, zu helfen, was wollen wir dann? Es ist doch so, daß wir eine Migrantenkultur in der Stadt haben. Das Erfolgskonzept einer Stadt besteht darin, daß Menschen von außen dazu kommen, und das haben wir hier in Hamburg. Jedes dritte Kind hat einen Migrationshintergrund. Was meinen Sie wohl, warum so viele Schülerinnen und Schüler das jetzt als ihr Thema erkennen?

Es gibt sehr viel Solidarität von Schulklassen, Schullehrern und so weiter, die alle schon jetzt mit in diese Bewegung kommen, die erkennen das als ihr eigenes Thema. Bei vielen Schülern und Schülerinnen werden eigene Traumata wach - von nicht gerecht behandelt und als Menschen zweiter Klasse angesehen zu werden bis hin dazu, unter einem Beweisdruck zu stehen, daß sie als Migranten überhaupt zu etwas nütze sind. Die Beweislast wird in dieser Gesellschaft leider so oft auf die Seite der Migranten gelegt, die bewei-

sen müssen, daß sie etwas taugen und unserer Gesellschaft zweckdienlich sind. Dieses Trauma wird durch die Lampedusa-Flüchtlinge aufgebrochen, das merken wir sehr wohl. Die Frage ist doch: Warum hat das einen dermaßen großen gesellschaftlichen Resonanzkörper?

SB: Man könnte sagen, daß es in Hamburg eine Polarisierung in der Flüchtlingsfrage gibt. Es gibt immer noch Menschen, die die Flüchtlinge am liebsten weghaben wollen, aber sehr viele denken und handeln doch eher so, wie Sie es eben beschrieben haben. Könnten Sie eine Einschätzung wagen, wie sich diese gegenläufigen Tendenzen weiter entwickeln werden?

SW (lacht): Ich erinnere mich an eine Phase, in der ich den Eindruck bekam, meine Güte, das wird ganz groß, das bekommt eine Dimension, die hätte ich nie für möglich gehalten. Nicht nur hier auf St. Pauli haben die Leute plötzlich mitgemacht. Schon bald tauchten die ersten Plakate auch in anderen Stadtteilen auf, eine ganze Welle der Solidarität verbreitete sich weit über Hamburg hin-



*Blick auf den Hamburger Hafen von der St.-Pauli-Kirche aus - Hamburg, das Tor zur Welt - für Kriegsflüchtlinge geschlossen  
Foto: © 2013 by Schattenblick*

aus. Und dann sprach ich mit Mitarbeitern der Innenbehörde und die meinten: "Herr Wilm, ich warne Sie davor, daß die Stimmung kippt. In der Stadt ist man gegen Sie, Sie verlieren an Basis" und so weiter. Doch dann wurden die Demos größer und immer größer - da kommt man dann zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen.

SB: Je nach Interessenlage?

SW: Das kann ich so nicht sagen. Schauen Sie, es gibt Umfragen in den Zeitungen. Je nachdem, wie die Frage gestellt wird, haben wir dann plötzlich 60 Prozent dagegen und 40 dafür oder 60 dafür und 40 dagegen. Bei Umfragen liegt in der Art der Fragestellung ein erhebliches manipulatives Potential. Also ich weiß es nicht. Repressionen? Ja, es gibt Repressionen. Das Erschreckende ist, wenn eine Kriminalisierung von offizieller Stelle erfolgt, wird sie dankbar von einem gewissen Spektrum der Medienwelt aufgenommen. Und hinterher? Also wir haben hier Briefe, Haß-E-mails und Haß-Telefonanrufe von allen möglichen Leuten aus dem rechten Rand bekommen. Das ist schon bedrohlich. Da fallen auch Sätze, bei denen ich kurz davor bin, mich an die Polizei zu wenden, weil ich einfach Personenschutz beantragen muß.

SB: Die Situation ist für Sie wie auch für die Geflohenen gleichermaßen bedrohlich?

SW: Ja, natürlich. Das eskaliert, der Haß wird größer. Und sehen Sie, wie da in den Medien gearbeitet wird. Jetzt regen sich alle auf, daß schon wieder eine Demo in der Innenstadt stattfindet, weil man dann nicht shoppen könne. Auf dieser Welle reiten die Boulevardmedien. Das ist nicht gut. Schon wieder gesteht man den Menschen, die für Gerechtigkeit auf die Straße gehen, ihre demokratischen Grundrechte nicht mehr zu. Und das alles, weil man dann nicht shoppen kann? In was für Diskussionen kommen wir da rein? Ich habe in

dieser Zeit sehr, sehr viel über die Gesellschaft gelernt. Ich habe einerseits über St. Pauli viel erfahren und eine Gesellschaft der Solidarität. Ich habe Unglaubliches erlebt, und zwar durch alle gesellschaftlichen Kreise hindurch, auch von Menschen, von denen man es erst einmal gar nicht denken würde. Auf der anderen Seite habe ich eine erschreckende Fratze der Gesellschaft erlebt, eine ungeschminkte Gesellschaft voller Haß, Neid, Häme und Schimpf aufs Gutmenschtum. Das ist ein Begriff,

hältnisse geklärt waren. Es ist ja nicht so, daß wir hier das erste Mal Menschen in Not helfen, das machen wir als St.-Pauli-Kirche sowieso. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir unseren Anspruch als Kirche verloren. Der einzige Unterschied ist, daß es jetzt 80 Menschen sind. Jetzt wird damit angefangen, die Afrikaner in der Öffentlichkeit gegen die Syrer auszuspielen. Und da sage ich allen, liebe Leute, wenn das 80 Syrer gewesen wären, hätten wir das natürlich auch gemacht.



mit dem wir jetzt oft geschlagen werden. Was ist die Alternative? Der Bösmensch? Ah, wenn wir den wollen... Also, ich bin da auch verlegen, weil das, was bereits geschehen ist, größer geworden ist als das, was wir überhaupt haben kommen sehen. Wir haben damit angefangen, praktische Hilfe zu leisten und haben nie gesagt, daß wir politisch sein wollen.

SB: Es hätte Ihr Empfinden verletzt, diesen Menschen nicht zu helfen?

SW: Das machen wir ohnehin. Ich hatte hier in meinem Haushalt ein Mädchen, das in den Kaukasus entführt wurde und das wir mit Mühe aus der Russischen Föderation zurückerbekommen haben. Das habe ich hier auch beherbergt, bis ihre Ver-

*Transparent auf dem Gelände der St.-Pauli-Kirche mit der Aufschrift "Botschaft der Hoffnung" - Transparent auf dem Gelände der St.-Pauli-Kirche*

*Foto: © 2013 by Schattenblick*

SB: Haben Sie die vollständige Rückendeckung der Kirche und der Gemeinde hier vor Ort?

SW: Ja. Wir sind in einer ganz, ganz engen Absprache mit der Bischöfin. Die Kirchenleitung hat schon im April, als die Männer alle noch im Winternotprogramm waren, über die ganzen Themen beraten. Auf dem Kirchentag hat sich die Bischöfin auch schon zu dieser Frage verhalten. Ich bin auch Mitglied der Landessynode, und wir haben einen Be-

schluß der Landessynode zur Flüchtlingsthematik - ich glaube mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen. Das ist kein Alleingang der St.-Pauli-Kirche. Das ist ganz wichtig zu sagen. Es wird durch die Medien immer wieder so polarisiert: Da ist der Neumann, da ist der Wilm. Das ist Unsinn. Es geht hier nicht darum, daß St. Pauli wieder einmal das rebellische Kind ist und die St.-Pauli-Kirche das gallische Dorf. Die Boulevardpresse hat sehr, sehr früh versucht, das so auszuspielen und einen Keil zwischen die Gesamtkirche und uns zu treiben. Das ist denen nicht gelungen. Wir machen alles in Absprache. Aber das heißt auch, daß wir realpolitische Wege gehen. Deswegen gibt es jetzt eine Absprache mit dem Senat, die Flüchtlinge ins Verfahren zu holen und ihnen faire Verfahrensbedingungen zu stellen. Darauf lassen wir uns nach langer Überlegung ein, um die unmittelbare humanitäre Situation unserer Flüchtlinge zu verbessern. Wissen Sie, wir haben hier ein-einhalb Wochen gehabt im Belagerungszustand durch die Polizei. Ich möchte nicht, daß das jemand erlebt. Das war gerade erst vor drei Wochen.

SB: Das war das Racial-Profiling.

SW: Das war furchtbar. Sie gehen aus der Kirchentür, hier aus meiner Wohnungstür gehe ich raus, und dann sind da Zivilbeamte an allen Ecken. Da vorne an der Reeperbahn und an allen anderen Stationen waren insgesamt 50 Beamte im Einsatz, nur um diese Aktion hier um die St.-Pauli-Kirche durchzuführen, und einige hundert Polizisten waren in Bereitschaft, falls es zu Demonstrationen kommt. Mit welchem Wahnsinnsaufwand hat man das durchgeführt? Die Gewerkschaft der Polizei hat das nachher kritisiert und gesagt, daß man die Frage stellen darf, ob der jetzige Zeitpunkt geschickt gewählt war.

SB: Das war doch auch der Anlaß, der bei den Demonstrationen zur Eskalation beigetragen hat.

SW: Wenn man das genau recherchiert, wird man erkennen, daß es mehrere Stufen der Eskalation gab. Ich sag' es einmal so: Vom Senat waren drei Dinge eskalierend, vielleicht komme ich sogar auf vier Punkte. Punkt 1 ist, lange nichts zu tun und zu hoffen, das würde sich von allein erledigen. Den ganzen Sommer über, mindestens sieben oder acht Wochen lang, hat der Senat kein Interesse gehabt, irgend etwas zu klären. Wir haben nur mit Mühe den ersten Kontakt und das erste Gespräch mit dem Senat bekommen. Ich glaube, acht Wochen haben wir uns darum bemüht, dann erst war es soweit. Das ist, finde ich, der erste Fehler. Der Senat hätte eigentlich nach dem Ende des Winternotprogramms handeln müssen und zwar mit einer konstruktiven Lösung, die für die Flüchtlinge in ihrer Angst, in ihrer Bedrückung und Traumatisierung auch gangbar ist und nicht einfach sagen: "Ihr bekommt einen Teller Suppe, wenn ihr dafür eure Fingerabdrücke abliefern", oder "Ihr kriegt ein Dach über den Kopf, wenn ihr dafür unterschreibt, daß ihr bereit seid, nach Italien zurückgeführt zu werden". Das sind keine vertrauensbildenden Maßnahmen. Das ist der erste Fehler.

Der zweite Fehler war, daß die Politiker sich zu früh politisch festgelegt haben. Scholz und Neumann haben Aussagen gemacht wie "Die Männer haben keine Zukunft in Hamburg, alle 300 müssen zurück nach Italien". Das sind zu frühe Festlegungen. Da sind keine Handlungsspielräume mehr drin und ohne Gesichtsverlust nicht möglich. Der dritte Punkt ist die Kriminalisierung der Unterstützer. Das ist sehr heikel. Wissen Sie, was geschehen ist? Inzwischen haben sich die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die sich hier seit Monaten engagieren, alle öffentlich selbst angezeigt.

SB: Als Protestmaßnahme?

SW: Ja. Bis hin zu einer Seniorin, die, glaube ich, zwischen 70 und 80

Jahre alt ist und sich auch selbst angezeigt hat, weil sie einen Kuchen gebacken hatte. Das war Fehler Nummer 3. Der vierte Fehler: nicht die Zeichen der Zeit zu erkennen. Sie erinnern sich an die Folgen von Fukushima und die Atomwende der Kanzlerin. Wann muß anders gedacht und anders umgegangen werden mit einem Thema, das weit größer ist als das Hamburger Flüchtlingsproblem? Lampedusa ist ein europaweit, ein weltweit diskutiertes Thema; nicht umsonst haben wir hier auch eine Fernsehstation aus Japan gehabt, das kanadische Fernsehen und die Wellington Post, die auf Neuseeland erscheint. Das ist alles kein Zufall. Das ist ein Thema, das in der ganzen Welt Resonanz hat. Darum muß man damit auch sehr sorgfältig umgehen. Man kann nicht, noch ehe die Toten von Lampedusa gezählt sind, schon die erste Polizeimaßnahme hier in St. Pauli durchführen. Selbst wenn man in höchstem Maße rechtskonservativ ist, muß man die Frage stellen, wie es die Polizeigewerkschaft auch tut. Der fünfte Punkt besteht darin, in der Öffentlichkeit verschiedene Flüchtlingsgruppen gegeneinander auszuspielen, so daß es dann gute Flüchtlinge gibt und böse. Das ist zynisch. Und das wurde versucht. Die Syrer sind die guten. Ich kenne genug Syrer. Wir haben hier eine syrische Hochzeit in der Kirche gehabt, ich habe Freunde, die engagieren sich für Syrer. Es wird nicht wirklich was gemacht, es läuft doch überhaupt nichts. Fragen Sie alle Leute, die mit Syrern zu tun haben. Aber nach außen hin werden großartige Erklärungen abgegeben.

SB: Der Umgang mit den syrischen Flüchtlingen ist auch nicht besser als der mit anderen, oder?

SW: Ja, das ist furchtbar. Das sind die Punkte. Ich bin nun wirklich kein Politiker, ich sag's als simpler Staatsbürger, aber mir scheint, als wolle der SPD-Senat im Moment den CDU-Wählern beweisen, daß er zur

großen Koalition fähig ist. Dabei vergißt er leider die Tuchfühlung mit den Bürgerinnen und Bürgern hier in Hamburg und auch mit den Genossen. Ich schließe mit einem Zitat von Willy Brandt. Ich bin aus einer sozialdemokratischen Familie. Mein Großvater war ein großer Anhänger von Willy Brandt. Meine früheste politische Prägung, mit fünf Jahren schon, war Willy Brandt. Brandt hat also gesagt: "Was hilft es, eine Mehrheit zu gewinnen, aber damit zu verlieren, Sozialdemokrat zu sein?" Das macht mich echt nachdenklich.



*Ohne eine Basis des Humanen können wir nicht zukunftsfähig bleiben*  
Foto: © 2013 by Schattenblick

Es gibt Leute, die sich gerade machen, das ist auch wunderschön zu sehen, die gibt es auch in der SPD. Man kann sagen, politisch wurde noch nie irgend etwas gewonnen. Einen Machtzuwachs dadurch zu erreichen, daß man sich für die Schwächsten einsetzt - nein, das funktioniert nicht. Das wissen wir. Wer einfach nur versucht, Macht und Mehrheit zu gewinnen um jeden Preis und nicht nach Inhalten fragt, den werden Flüchtlinge nie interessieren. Aber ich glaube, daß es letzten Endes, wenn wir tiefer sehen, eine Basis des Humanen gibt, die wir brauchen, auch um zukunftsfähig zu bleiben. Damit das Erfolgsmodell Stadt oder auch Deutschland in Zukunft wirklich funktioniert, müssen wir einen anderen Umgang haben. Und es stellen sich natürlich viel größere Fra-

gen, nach dem Bruder Afrika, der vor unserer Haustür liegt, nach der europäischen Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Das sind ganz große Fragen, die sind eine Nummer zu groß für mich. Wir müssen jetzt irgendwie sehen, daß wir Sorge tragen für unsere 80 Gäste.

SB: A propos 80 Gäste... es sind ja 80 von ursprünglich 300 Flüchtlingen, wo sind all die übrigen geblieben? Gibt es noch andere Quartiere, weitere Kirchen oder Privatpersonen, die Menschen aufgenommen haben? Oder leben heute noch welche auf der Straße?

SW: Das gibt es alles. Die meisten leben in prekären Situationen, ich sag' mal, im Keller oder so. Direkt auf der Straße, das weiß ich im Moment nicht. Aber davon abgesehen gibt es noch andere Flüchtlingsgruppen, die auch alle nach Hamburg kommen. Und es gibt noch andere Leute, die im Elend leben. Das ist ein großes Thema. Wir haben höchstwahrscheinlich über tausend Menschen, die alle ohne Papiere, ohne überhaupt ein Dokument zu besitzen, hier in Hamburg sind. Das müßte politisch eigentlich auch einmal angefaßt werden. Was ist das für ein Verlust an Wirtschaftskraft und was für eine Gefährdung, ohne Papiere kriminell manipuliert zu werden. Es gibt Modelle, daß europäische Staaten irgendwann einmal sagen, wer sich bis dann und dann meldet, bekommt einen Status, wenigstens ein Dokument, das ihn ausweist.

SB: Sie haben die Flüchtlingspolitik des Hamburger Senats bereits angesprochen. Könnte es Ihrer Auffassung nach sein, daß er in seinen Entscheidungen möglicherweise nicht so autark ist, wie es für eine Landesregierung anzunehmen wäre? Sei es, daß Absprachen mit der Bundesregierung hier maßgeblich sind oder auch Entscheidungen der EU zum Tragen kommen?

SW: Ja, der europäische Rahmen ist entscheidend heutzutage, nicht das nationale Recht. Aber wer hat den europäischen Rahmen gebrochen? Italien! Das wird nicht erwähnt, das wird immer gerne verschwiegen bis dahin, daß sich Politiker äußern wie "Italien ist ein schönes Land, meine Frau und ich machen dort gerne Urlaub". Solche Sätze hört man auch, oder, wie mir auch offiziell gesagt wurde, "Vertrauen Sie doch Italien" und so weiter, "es ist eines der Gründungs-länder der Europäischen Union". Also ganz große, leere Sätze. Wo ich nur sagen kann, liebe Leute, Italien hat das Abkommen gebrochen und ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Weil auf den anderen Schreibtischen die Arbeit nicht erledigt wurde, haben wir dieses Problem hier.

Niemand erwartet, daß Hamburg das Problem allein löst, aber Hamburg könnte jetzt mutig sein und sich gerade machen und könnte sagen, wir haben dieses Problem hier, wir senden einen starken Appell an die Bundesregierung - die stecken in den Koalitionsverhandlungen -, und an die Europäische Union, da müssen Entscheidungen getroffen werden. Sehen Sie zum Beispiel Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Der sagt starke Sätze, der macht sich gerade. Warum nicht auch sozialdemokratisch übergreifend diese Leute mit hineinnehmen und mit ihnen etwas machen? Selbst die SPD-Innenminister - Boris Pistorius in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein ist es Andreas Breitner - haben hier eine andere Linie und Klarheit und zeigen in Flüchtlingsfragen sozialdemokratisches Profil. Warum tut Hamburg das nicht? Darf ich das einmal fragen, ohne daß ich dann schon wieder "Kloppe" bekomme, weil ich mich dazu äußere? Aber ich tue das als besorgter Seelsorger, der einfach mit den Menschen Umgang hat, und ich tue es dann eben auch als Staatsbürger.



*Demonstranten unterstützen die Forderung nach Anerkennung nach Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz  
Foto: © 2013 by Schattenblick*

SB: Wäre es denn das richtige Zeichen, die Lampedusa-Flüchtlinge nach Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz anzuerkennen?

SW: Wissen Sie, wir haben da zwei Ebenen. Die eine ist, daß wir sagen, wir müssen öffentlich dafür kämpfen, daß es zu einer Änderung des gesetzlichen Rahmens kommt, aber auch zu einer Änderung der Praxis. Nach dem jetzigen Gesetzesrahmen wäre das möglich, einfach per Verwaltungsanordnung. Das hat Pistorius in Niedersachsen sofort gemacht. Er hat diese bescheuerten Lebensmittelpakete abgeschafft, weil die einfach nur demütigend sind. Ich habe mit einer Frau gesprochen, die ist in Flüchtlingslagern in Niedersachsen groß geworden. Die mußten jeden Cent einzeln abrechnen. An Bargeld bekamen sie, glaube ich, 23 Cent im Monat. Das sind alles so demütigende Dinge, die wirklich nicht nötig sind. Da kann man ganz, ganz viel machen. Man könnte die Flücht-

lingspolitik schon im jetzigen Gesetzesrahmen humanisieren. Das ist die eine Ebene eines politischen Sich-Zeigens und Sich-gerade-Machens für die Flüchtlinge und für eine Humanisierung.

Das andere ist die realpolitische Situation, die wir hier im Moment haben, und die akute humanitäre Notlage der Flüchtlinge hier in unserer Kirche. Da kommen wir dann zu unter-

schiedlichen Antworten. Das heißt, selbstverständlich könnte man, wenn man denn wollte, eine Anerkennung nach Paragraph 23 fordern. Nur, wir haben genug Absagen bekommen in den letzten fünf Monaten - heute ist es genau fünf Monate her, daß die Flüchtlinge hier sind -, so daß wir sagen können, das wird der Senat nicht machen. Das haben wir in x Gesprächen vorgeschlagen. Wir haben noch mit Berlin telefoniert rauf und runter - es ist nichts zu machen. Deswegen haben wir gesagt, laßt uns versuchen auf Paragraph 24 (4) und (5) zu gehen, also Einzelfallprüfung, aber Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen, und das versuchen wir jetzt auch. Daß die Medien schon wieder schreiben, die Bewegung ist gespalten, das ist Unsinn. Wir haben gemeinsame Werte. Dieses breite Bündnis, das wir in Hamburg hier haben und mit dem wir diese Werte auch öffentlich vertreten, ist hervorragend. Wann hat es das schon gegeben? Das ist lange her, würde ich sagen.

SB: Das trifft auch auf die Flüchtlinge zu, deren Proteste stärker geworden sind. Wann hat es das gegeben,

*Vor der St.-Pauli-Kirche -  
Transparente von Unterstützern der  
Gruppe Lampedusa in Hamburg  
Foto: © 2013 by Schattenblick*



daß sich Menschen in einer so prekären Situation zusammenschließen?

SW: Genau, so sieht es aus. Und jetzt wird auch gleich der Regen aufhören. Ich erwarte tausende Menschen auf der Demonstration. (lacht)

SB: Das war Ihr Schlußwort. Vielen Dank, Herr Wilm, für dieses Gespräch.

### **Fußnote:**

[1] Nach Informationen der taz hat Michael Sachs, Staatsrat der Stadtentwicklungsbehörde, zwei Tage vor einer Abstimmung der Altonaer Bezirksversammlung über einen Antrag der CDU-Fraktion, der Nordkirche die Aufstellung von 35 beheizten Wohncontainern für Lampedusa-Flüchtlinge in den Kirchengemeinden St. Pauli, Ottensen und Sülldorf zu genehmigen, in einem Brief an die Chefin des Bezirksamtes Altona Liene Melzer vor einer solchen Entscheidung gewarnt. Sachs habe als Bedingung für eine Genehmigung des Bezirks genannt, daß sich die Kirche verpflichten müsse, der Ausländerbehörde die Namen und den Aufenthaltstatus der Flüchtlinge zu nennen, und angemerkt, daß sie sich sonst wegen Beihilfe zur Illegalität strafbar machen würde.  
<http://www.taz.de/!126045/>

*Bisheriger Beitrag zu "Lampedusa in Hamburg" im Schattenblick unter:*  
[www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de) →  
INFOPOOL →  
BÜRGER/GESELLSCHAFT →  
REPORT:  
INTERVIEW/032: Lampedusa in Hamburg - Tor ohne Tür, Flüchtling A. Tchassei im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brri0033.html>

## **POLITIK / REDAKTION / NAHOST**

### **Kämpfe in Tripolis - Libyen vor dem Bürgerkrieg**

#### *Libyens Zentralregierung bekommt die Milizen nicht in den Griff*

Am 7. November ist es in der libyschen Hauptstadt Tripolis zu den schwersten Kämpfen seit dem Sturz Muammar Gaddhafis vor zwei Jahren gekommen. Bei Feuergefechten in mehreren Stadtteilen wurden drei Menschen getötet und rund ein Dutzend verletzt. Die Teilnehmer der Auseinandersetzung griffen sich gegenseitig mit Maschinengewehren und Granatwerfern an. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters mußten verängstigte Gäste aus dem Hotel Raddison Blu evakuiert werden, nachdem dort die Fensterscheiben der Empfangshalle durch Querschläger zu Bruch gegangen waren. Die jüngsten Ereignisse in der libyschen Hauptstadt sprechen dafür, daß die instabile Lage in dem Mittelmeerland allmählich in einen regelrechten Bürgerkrieg umschlägt, der verheerende Folgen haben dürfte.

Auslöser der Kämpfe war ein vierstündiges Feuergefecht, bei dem am 5. November in Tripolis ein Milizenführer aus der Hafenstadt Misrata ums Leben gekommen ist. Zuvor war im Stadtteil Suq Al-Juma der Fahrer eines Automobils ohne Nummernschilder von staatlich autorisierten Milizionären angehalten und zur Überprüfung seiner Identität vorübergehend festgenommen worden. Wenige Stunden nach der Freilassung kam diese Person mit bewaffneten Freunden zurück, um sich für die Schmach zu rächen. Ob der Milizenführer, der hierbei ums Leben kam, mit der Person identisch ist, die zuvor in Gewahrsam genommen worden war, ist unklar. Fest steht, daß zwei Tage später eine größere Gruppe Milizionäre mit Geländewagen aus dem 187 Kilometer östlich von Tripolis gelegenen Misrata versucht hat, Suq Al-Juma zu erstürmen.

In Libyen stehen mehr als 200.000 Milizionäre unter Waffen. Nach der Beseitigung des früheren "Regimes" sollten die Milizen, die am Sturz Gaddhafis teilgenommen hatten, für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen. Deswegen bekamen die meisten Milizangehörigen ein Gehalt vom Staat ausgezahlt. Auf die Weise sollten kurzfristig viele junge Männer, die ansonsten mit Waffengewalt geplündert hätten, ruhiggestellt werden. Langfristig war geplant, die Milizen aufzulösen und einen Teil ihrer Anhängerschaft bei Armee und Polizei in den Staatsdienst aufzunehmen, während der Rest sozusagen ins zivile Leben zurückkehren sollte.

Zwei Jahre später hat sich der wohlgemeinte Plan als Wunschtraum erwiesen. Der Staat hat die Milizen nicht in die Schranken weisen können. Das Gegenteil ist der Fall. Mit Hilfe der Milizionäre hat die oppositionelle Moslembruderschaft im vergangenen Mai das Parlament zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Entlassung aller früheren Gaddhafigetreuen aus dem Staatsdienst gezwungen. Am 10. Oktober wurde am helllichten Tag in Tripolis sogar Premierminister Ali Zeidan von Anhängern des Milizenführers Abdelmonem al-Said vorübergehend entführt. Die Hintergründe der Aktion, die Zeidan als "kalten Putsch" bezeichnete, sind bis heute verborgen geblieben.

Angesichts der jüngsten Entwicklung mutet die Ankündigung der Regierung, sie werde ab dem 1. Januar 2014 die Gehälter für die Milizionäre nicht mehr auszahlen, bis dahin sollten sich alle, die im Staatsdienst verbleiben wollen, bei den staatlichen Streitkräften bewerben, wie eine Ge-

ste der Hilflosigkeit an. Das Auslaufen der staatlichen Zuwendungen an die Milizen wurde am 6. November, dem Tag nach dem Scharmützel in Suq Al-Juma, verkündet. Die weit schwereren Kämpfe am darauffolgenden Tag in Tripolis zeigen deutlich, wie sehr die Zentralregierung den Ereignissen hinterherhinkt. Wie der erfahrene Nahost-Korrespondent Patrick Cockburn in einem am 28. Oktober bei Counterpunch erschienenen Artikel zu bedenken gab, setzen sich Libyens Milizen gegen ihre drohende Entmachtung aktiv zur Wehr. So haben sie in den letzten 12 Monaten Attentate auf mehr als 80 ranghohe Armee- und Polizeikommandeure mit tödlichem Erfolg verübt. Das jüngste Opfer der inoffiziellen "Säuberungswelle" wurde Ahmed Al-Barghathi, Leiter der Militärpolizei in Benghazi, den unbe-

kannte Täter am 18. Oktober erschossen, als er nach dem Freitagsgebet eine Moschee in der ostlibyischen Rebellenhochburg verließ.

Das Milizenunwesen ist auch der eigentliche Grund dafür, daß in Libyen der Öllexport fast zum Erliegen gekommen ist. In Benghazi haben in den vergangenen Wochen gleich zwei Gruppen eine eigene Regierung für die Region Kyrenaika (Arabisch Barqa) - neben dem südlichen Fessan und westlichen Tripolitaniern eine der drei historischen Großprovinzen Libyens - ausgerufen. Rund um Benghazi sind die meisten Ölraffinerien und -exportterminals von Milizionären besetzt und stehen deshalb still. Bei den Förderanlagen, die zum Teil in der Region um Benghazi und zum Teil in der südlichen Sahara liegen, sieht die Situation ähnlich aus.

Dadurch sind Libyens Ölexporte auf schätzungsweise 250.000 Barrel pro Tag geschrumpft und in der Folge die Haupteinnahmequelle der Zentralregierung in Tripolis praktisch versiegt. Statt auf eine rasche Besserung der Wirtschaft und einen zügigen Abbau der grassierenden Arbeitslosigkeit steuert Libyen auf eine drastische Verschärfung der sozialen Lage zu, wenn der Staat demnächst der Bevölkerung nicht mehr stark subventioniertes Brot, gebacken aus Mehl von internationalen Lebensmittelmärkten, zur Verfügung stellen kann. In Libyen stehen die Zeichen auf Sturm. Ein Ausweg aus der Abwärtsspirale ist nicht in Sicht.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1266.html>*

## POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

### Wir sind Deutschland? - Wir sind Lampedusa!

Sollte das ausnahmsweise einmal eine gute Nachricht sein? "Verantwortlicher der Lampedusa-Tragödie gefasst", titelt Die Welt [1], und entsprechende Schlagzeilen bekommt man auch bei diversen anderen deutschen Medien zu lesen. Ernüchterung folgt auf dem Fuß, denn natürlich handelt es sich bei dem identifizierten Täter nicht um einen Mitarbeiter der Grenzschutzorganisation FRONTEX, einen italienischen Politiker oder gar einen hohen Repräsentanten der EU. Festgenommen hat die italienische Polizei vielmehr einen mutmaßlichen Menschenhändler, der jene Überfahrt mit einem verrotteten Schiff mitorganisiert haben soll, bei der am 3. Oktober 336 Flüchtlinge ertranken. Überlebende der Katastrophe vor Lampedusa haben einen 24jährigen Somalier erkannt und zu lynchen versucht.

Ihren Berichten zufolge wurden alle weiblichen Passagiere von Mitgliedern der Schmugglerbande vergewaltigt, andere Überlebende berichteten von Folter. Das überfüllte Flüchtlingsboot, dessen Insassen zu meist aus Eritrea stammten, war unweit der Küste der süditalienischen Insel Lampedusa nach einem Brand an Bord nachts gekentert. Unmittelbar nach der Tragödie wurde bereits der 35jährige tunesische Kapitän des Unglücksbootes verhaftet.

So verwerflich und strafwürdig das grausame Unwesen der Schlepperbanden sein mag, bleibt doch festzuhalten, daß deren als Verbrechen ausgewiesene Umtriebe auf dem Nährboden legaler Flüchtlingspolitik, für rechtmäßig errichteter Institutionen auf nationaler wie europäischer Ebene und der Handlungsweise staatli-

cher wie überstaatlicher Grenzschutzbehörden gedeiht. Gleichgültigkeit, fehlende Hilfsbereitschaft und mangelnde Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingsschicksalen zu beklagen, greift da nicht nur zu kurz, sondern verschleiert im Gegenteil die zugrundeliegenden Interessen der Abschottungspolitik und ihre mörderischen Konsequenzen. Ja selbst der scheinheilige Verweis, man müsse die Probleme in den Herkunftsländern lösen, damit sich die Flüchtlinge gar nicht erst auf den Weg machen, verschweigt geflissentlich die ursächliche Beteiligung europäischer Handels- und Kriegspolitik an den elenden Verhältnissen, vor denen die Menschen zu fliehen versuchen.

Wie viele Migranten das Mittelmeer verschlingt, wollte man die Ratio eu-

ropäischer Flüchtlingspolitik unzulässigerweise den Naturgewalten anlasten, weiß niemand. Da es kaum verlässliche Statistiken gibt, greift man auf dokumentierte Todesfälle zurück und versucht Schlüssel zu entwickeln, die zumindest grobe Schätzungen erlauben. Demnach sind mindestens 8.000, jedoch wahrscheinlicher mindestens 20.000 bis 25.000 Menschen und anderen Quellen zufolge womöglich sogar bis zu 40.000 Flüchtlinge seit 2008 bei dem Versuch ertrunken, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Einem Bericht der Zeitschrift L'Express zufolge, der sich auf Schätzungen der französischen Geheimdienste beruft, ertrinkt im Schnitt jeder vierte Bootsflüchtling. Geht man von etwa 166.000 Flüchtlingen seit 2008 aus, welche die Route über das Mittelmeer wählten, kommt man zu der höchsten derzeit geschätzten Opferzahl. Rechnet man den noch weit größeren Friedhof in der Sahara, die Mortalitätsrate in Flüchtlingslagern und die Toten infolge des behördlichen Umgangs mit Asylsuchenden hinzu, zeichnet sich eine noch sehr viel höhere, jedoch in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht wahrgenommene Opferzahl ab.[2]

Während die Kontroverse um Aufnahmekontingente und die Rechtmäßigkeit von Migrationsbewegungen hierzulande hohe Wellen schlägt, übersieht man zumeist, daß statistischen Daten des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) zufolge etwa 80 Prozent der Flüchtlinge, teils jahrelang, in Nachbarstaaten bleiben, die selbst oftmals arm sind. Seit Anfang 2012 haben allein die Nachbarstaaten Syriens über einer Million Flüchtlingen die Tore geöffnet, wohingegen sich die deutsche Politik rühmt, gut 6.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen und damit in Europa den Löwenanteil bewältigt zu haben, weshalb nun andere an der Reihe seien. Dabei ist die Schutzquote für Flüchtlinge aus Syrien sogar die höchste in Deutschland, weil diese als Faustpfand zur Bezichtigung der

Regierung in Damaskus instrumentalisiert werden. Relativ hoch liegt die Anerkennungsquote auch bei iranischen Asylsuchenden, während es um Menschen aus Afghanistan und dem Irak erheblich schlechter bestellt ist. Serbische und mazedonische Flüchtlinge werden seit Herbst 2012 gar mit einem pauschalen Ablehnungs- und Schnellverfahren traktiert.

Schnellverfahren ohne Einzelfallprüfung für die einen, Wartezeiten von über einem Jahr auf die erste Entscheidung für die anderen. Anerkannte Schutzbedürftige zweiter Klasse im Falle von Abschiebungsverboten, wenn man Menschen nur deswegen nicht abschiebt, weil ihnen im Herkunftsland Tod oder Folter drohen, was wiederum in anderen Fällen keineswegs als Hinderungsgrund erachtet wird. Hinzu kommt, daß 2012 rund 23 Prozent der Asylanträge gar nicht inhaltlich geprüft wurden, weil es sich vor allem um "Dublin-Fälle" handelte, in denen man einen anderen EU-Staat für zuständig erklärt. Wer vom Dublin-System profitiert, liegt auf der Hand: Deutschland hat im vergangenen Jahr doppelt so viele Flüchtlinge ins EU-Ausland überstellt, wie umgekehrt nach diesen Maßgaben aufgenommen wurden. Viele Überstellungen gingen nach Italien, dessen Aufnahmebedingungen zu den schlechtesten in Europa gehören. Deutsche Verwaltungsgerichte haben in nicht wenigen Fällen Abschiebungen nach Italien, aber auch nach Ungarn, Malta und Bulgarien gestoppt. Problematisch sind zudem die zahlreichen Überstellungen von Irakflüchtlingen nach Schweden, das im Unterschied zu Deutschland abgelehnte Asylsuchende in den Zentralirak abschiebt.

Lang ist die Liste administrativer Grausamkeiten im Gewand rechtmäßigen behördlichen Handelns. Selbst unbegleitete Kinderflüchtlinge haben schlechte Karten, da sie von Behörden oft älter gemacht werden, als

sie selbst angeben. Die Schutzquote afghanischer Minderjähriger lag bei 41 Prozent und betrug bei ihren irakischen Altersgenossen sogar nur 21 Prozent. Die Abschiebung eines Kindes ist grundsätzlich möglich, doch müssen sich Behörden vorher vergewissern, daß es einem Familienmitglied oder einem Kinderheim übergeben wird. Das Bundesamt macht sich diese Regelung auf perfide Weise zunutze und lehnt Minderjährige, die keine Eltern mehr haben oder deren Eltern nicht auffindbar sind, mit Verweis darauf ab, daß sie ja ohnehin nicht abgeschoben werden dürften. Das bedeutet im Ergebnis, daß diese Minderjährigen zwar bleiben, aber statt eines Schutzstatus nur eine Duldung erhalten, was ihnen Integrationsmöglichkeiten verbaut.[3]

Was aber FRONTEX betrifft, das wenige Tage nach der Katastrophe von Lampedusa durch das vom EU-Parlament gebilligte Grenzüberwachungssystem EUROSUR ergänzt worden ist, so wurde diese Agentur schon des öfteren mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei an Menschenrechtsverstößen beteiligt. Human Rights Watch zufolge veranlaßte sie Einsätze in Griechenland, bei denen Migranten unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden. Ein aktueller Bericht des ARD-Magazins Monitor spricht von Beteiligung an sogenannten Push-back-Aktionen, bei denen Flüchtlinge auf hoher See abgefangen und in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Von den Journalisten darauf angesprochen, räumte der Leiter von FRONTEX, Ilkka Laitinen, ein, daß solche Aktionen in einigen wenigen Fällen vorgekommen seien. Das mutet beinahe wie ein kleiner Fortschritt an, da FRONTEX solche Vorwürfe in der Vergangenheit unter Verweis auf ein striktes und eingeschränktes Mandat stets abgestritten hat.[4] Es entbehrt nicht einer schrägen Ironie, daß die Agentur seit zwei Jahren sogar eine Menschenrechtsbeauftragte

## SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

## Pyrrhussieg in Buenos Aires

beschäftigt, die sicher bestätigen kann, daß alles mit rechten Dingen zugeht, wenn man Jagd auf Flüchtlinge macht. Angesichts solcher institutionalisierten Grenzschutz-Menschenliebe ist man fast schon geneigt, nicht als einen ersten Schritt die ersatzlose Abschaffung von FRONTEX zu fordern, sondern im Gegenteil mit dem Schlachtruf "Wir sind Deutschland!" gleich noch ein siegessicheres "Wir sind Lampedusa!" anzustimmen.

**Fußnoten:**

[1] <http://www.welt.de/politik/ausland/article121689080/Verantwortlicher-der-Lampedusa-Tragedie-gefasset.html>

[2] <http://vergessene-kriege.blogspot.de/2013/10/opferzahlen-bis-zu-40000-fluchtlinge.html>

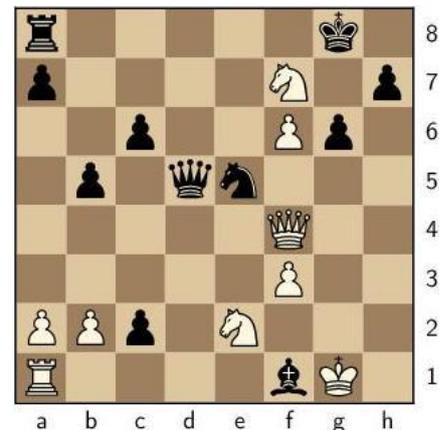
[3] <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/>

[4] <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/Frontex-Grenzschutz-Europa/seite-2>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1509.html>

Der olympische Gedanke ist längst zu einem Instrument der Politik geworden. Nicht erst seit 1972 weiß man das. Auch in der jüngeren Geschichte wurde der Geist der Olympische Spiele, sofern es je einen gegeben hat, außer Kraft gesetzt. Die erste inoffizielle Schacholympiade, damals hieß sie noch Mannschaftsweltmeisterschaft, wurde 1924 in Paris ausgetragen. Erst ab London 1927, wo das ungarische Team, bestehend aus Maróczy, Nagy, Vajda, Steiner und Havasi den ersten Platz vor Dänemark und England errang, beginnt die offizielle Zählung. 12 Jahre später kam es zum ersten Eklat. 1939 fanden sich die Nationen in Buenos Aires ein. Doch der Kriegsausbruch zerstörte das friedliche Beisammensein. So trat England von den Spielen zurück, und die Paarungen von Deutschland gegen Polen sowie zwischen Frankreich und Palästina mußten kampflös Remis gegeben werden. Die Spieler wollten aus begreiflichen Gründen nicht gegeneinander antreten. Deutschland errang seinerzeit den einzigen Olympiasieg, aber es war nur ein Pyrrhussieg. Die deutschen Spieler

blieben in Argentinien, während Europa unter den Kriegswirren und millionenfachem Tod erzitterte. Vielleicht sollte man Computer die Olympische Spiele bestreiten lassen. An "Geist" fehlt es ihnen gewiß nicht, wie Mephisto im heutigen Rätsel der Sphinx bewies, der auf dem Münchner Open von 1989 ausgerechnet gegen den Menschen Heinz Engl einen höllischen Sieg errang. Nach beiderseitigem scharfen Spiel entstand folgendes Stellungsdigramm. Mephisto, mit den schwarzen Steinen am Zug, zeigte wenig Interesse, sich am weißen Springer zu vergreifen. Schließlich gab es lohnenswertere Optionen, Wanderer!



Engl - Mephisto  
München 1989

## BOULEVARD / TEST &amp; SPASS / TAGESSPALT

*Kurzweiliges für Samstag, den 9. November 2013*

**Fehler**

Mit Adleraugen sehen wir die Fehler anderer,  
mit Maulwurfsaugen unsere eigenen.  
(Franz von Sales)

Alle Fehler bleiben stehen,  
weil doch Freund und Feind sie sehen.  
HB

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel: In solchen Stellungen sollte man lieber dem Bauernraub widerstehen. Als Jusupow dennoch mit 1...Td7xd4 zugriff, stahl sich ein feines Lächeln auf Kortschnojs Gesicht. Kein Wunder, denn mit 2.Th1-h8+! Kg8xh8 3.Df3xf7! Td4-d1 4.Tc1xd1 Td8xd1 5.Se3xd1 Dg5xe5 6.Df7-e8+ errang er einen würdigen katalanischen Sieg. Jusupow gab auf, wissend, daß er nach 6...Kh8-g7 7.De8xe7+ Kg7-g8 8.Sa4-c5 nichts zu lachen gehabt hätte.

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

*Klaus Dörner*

**Helfensbedürftig**

***Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert***

*Klaus Dörner*  
**Helfensbedürftig**  
*Heimfrei ins*  
*Dienstleistungsjahrhundert*  
*Paranus Verlag, Neumünster*  
*2. Auflage 2012*  
*Edition Jakob van Hoddis*  
*248 Seiten, Preis 19,95 EUR*  
*ISBN 978-3-940636-18-8*

**"Jeder braucht seine Tagesdosis an Bedeutung für Andere!"**

Klaus Dörner, der bekannte Psychiater und Autor, der sich schon während seiner praktischen klinischen Tätigkeit konsequent für eine Welt ohne Heime engagiert hat, streitet jetzt nicht mehr nur für die Deinstitutionalisierung in der deutschen Psychiatrie und die Inklusion psychisch Kranker und Behinderter, sondern auch für das lebenslange Miteinander von jungen und alten Menschen.

Heutzutage möchte niemand mehr in ein Heim, weiß Dörner in seinen zahllosen Vorträgen zu berichten. Das im 19. und 20. Jahrhundert aufgebaute duale System "Wohnung / Heim", das mit der Industrialisierung und dem Versprechen einherging, auch im Alter gut versorgt zu sein, habe ausgedient und stoße auch wirtschaftlich an seine Grenzen.

Zu spüren bekommen das die Betroffenen. Der auf der Hand liegenden Frage, ob denn Menschen, die ihre ökonomische Verwertbarkeit für den Staat und die Gesellschaft verloren haben, in der heutigen Zeit und in Zukunft davon ausgehen müssen, daß sie keinen Anspruch mehr auf ein gesichertes und menschenwürdiges Leben im Alter erheben dürfen, tritt Klaus Dörner mit einem klaren "nein" entgegen, obwohl oder gerade weil die Lebenswirklichkeiten vieler alter Menschen in Deutschland ein beredtes Zeugnis von der katastrophalen Situation ablegen.

Klaus Dörner hat sich nach seiner Emeritierung im Jahr 1996 auf die Suche nach Alternativen begeben. Inklusion, also das Recht eines jeden Menschen "in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen von Beginn an dazu zu gehören, Wert geschätzt zu werden, sich als zugehörig erleben und fühlen zu können - unabhängig davon, wodurch die Zugehörigkeit gefährdet ist" [1], hat in seinem Leben und Wirken schon immer eine zentrale Rolle gespielt.

Der Autor ist sich selbst treu geblieben. Galt sein Engagement im Laufe seiner Karriere als Psychiater stets der Deinstitutionalisierung und der Wiedereingliederung psychisch kranker Menschen in ein normales Lebensumfeld, so setzt er sich auch heute noch für das soziale und alltägliche Miteinander von Alt und Jung, von Pflege- oder Hilfsbedürftigen und Gesunden in ihrem vertrauten Lebensumfeld ein.

Denn wer wünscht sich das nicht: alt werden zu können, ohne sich Sorgen um die eigene Versorgung oder eine institutionelle ENDSorgung für den Fall, daß man es allein nicht mehr schafft, machen zu müssen; zu wissen, daß man sich auf sein soziales Umfeld verlassen und stützen kann, daß man mit seinen alters- oder krankheitsbedingten Einschränkungen weiterhin dazugehört und seinen Platz in der vertrauten Umgebung behält; daß man selbst im Fall der Pflegebedürftigkeit sicher sein kann, daß gut für einen gesorgt, man nicht allein gelassen und in ein beliebiges vielleicht sogar ortsfernes Heim abgeschoben wird.

Die Zahl der alten Menschen nimmt zu und die Basis der Bevölkerungspyramide schrumpft, was bedeutet, daß immer weniger Jüngere für immer mehr Alte sorgen müssen. Es ist kein Geheimnis, daß sich dieses Problem in den kommenden Jahren noch verschärft, denn laut "Pflegereport 2030" der Bertelsmann Stiftung wird der Pflegebedarf bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent steigen.

Gleichzeitig werden die Sozialleistungen des Staates immer weiter abgebaut. Immer weniger Pflegeleistungen werden von der Kasse übernommen. Für jede pflegerische Anforderung muß die Rechtfertigung erbracht werden, daß sie wirklich notwendig ist. Das Personal in den Kliniken und Heimen ist überfordert. Es mangelt an Pflegekräften, die sich adäquat kümmern können. Für persönliche Gespräche, die Begleitung bei einem Spaziergang oder Einkauf bleibt keine Zeit und für über die pflegerischen Maßnahmen hinausgehende menschliche Kontakte ist kein Etat vorgesehen. Überall wird gekürzt, Arbeitsplätze eingespart. Das Finanzregime der staatlichen und privaten Heime ist so eng reguliert, daß außer der bloßen Grundpflege und Versorgung keine Reserven für kleine Extras vorhanden sind.

Durch den Verfall des Sozialstaats in den letzten Jahrzehnten hat zudem die Altersarmut rapide zugenommen. Immer weniger Menschen können es sich leisten, die für ein würdiges Dasein in einer lebenswerten Umgebung erforderliche Pflege privat zu finanzieren. Renten werden gekürzt

und reichen knapp zum Überleben. Viele sind gezwungen, sich trotz ihres Alters und der damit verbundenen Einschränkungen und Behinderungen mit Minijobs noch etwas hinzuverdienen.

Die heutigen Lebensverhältnisse lassen es in vielen Fällen nicht zu, daß ein Familienangehöriger im Krankheitsfall oder weil er es allein nicht mehr schafft, von der Familie, den Kindern oder Enkeln gepflegt wird. Die Wohnverhältnisse sind zu beengt, die Wege haben sich meist Jahrzehnte zuvor getrennt, und die finanziellen Belastungen erfordern immer öfter mehr als einen Job zum Überleben, so daß auch die dafür benötigte Zeit nicht zur Verfügung steht.

Daß Altwerden eines der großen sozialen Probleme unserer Zeit darstellt, ist der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte geschuldet. Fand das Altwerden im vorletzten Jahrhundert noch vorwiegend im Kreis der Familie statt, so entwickelten sich im Zuge der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert Strukturen, die eine gesonderte Unterbringung alter Menschen in Heimen vorsah.

*Es blieb [...] der beginnenden Industrialisierung vorbehalten, solche modernen Trennungsoperationen auf immer mehr Lebensformen auszuweiten und vor allem systematisch durchzusetzen. So erzwang die Auslagerung der Güterproduktion aus den Handwerksstuben in die Fabriken die Trennung der Arbeits- von der Lebenswelt und damit eine viel rigidere Geschlechtertrennung als je zuvor. Das dem entsprechende industrielle Menschenbild der einseitigen Leistungsbewertung - ein Mensch ist umso weniger Mensch, je leistungsminderwertiger er ist - führte nach demselben Trennungsmotiv konsequent zur Etablierung flächendeckender Institutionssysteme für psychisch Kranke, Körperbehinderte, geistig Behinderte und in dem*

*Maße, wie diese allmählich zunahmen, auch für Alterspflegebedürftige, Sieche und Demente. Ausgrenzungskriterium für diese Menschen, die ja immerhin Familie, Freunde, Nachbarschaft, ihr Wohnviertel, ihre kirchengemeindliche und kommunale Zugehörigkeit, ihre Freiheit ebenso wie ihre Bedeutung für Andere verloren, waren das Maß ihrer Leistungsminderwertigkeit und ihres Störpotenzials.*

(Seite 25)

Sinn dieses Systems war also die Förderung der für den Fortschritt und die Ökonomisierung der Wirtschaft notwendigen "Leistungssteigerungsgesellschaft durch Ausgrenzung der Leistungsminderwertigen." (S. 199) Die Divise hieß: stationär vor ambulant, um möglichst viel der dringend gebrauchten Arbeitskraft, die sonst familiär durch Pflegeaufgaben gebunden wäre, für den Aufbau der Industriegesellschaft freizuhalten. Der gesellschaftliche Wandel hin zur Kleinfamilie und damit zur zunehmenden Vereinzelung war verbunden mit dem Versprechen, im Alter und im Pflegefall vom Staat gut versorgt zu werden.

Die Institutionalisierung und Professionalisierung des Helfens - eine menscheitsgeschichtliche Ausnahme, wie Dörner betont - ging einher mit einem rasanten medizinisch-technischen Fortschritt, bei dem schon bald absehbar war, daß sich dieser nicht mit dem Anspruch eines Sozialstaats, jedem die gleichen Chancen für eine medizinische Versorgung einzuräumen, in Deckung bringen ließ. Folge war und ist der konsequente Abbau der Sozialleistungen des Staates und eine zunehmende Privatisierung ursprünglich staatlich vorgehaltener Dienstleistungen.

"Helfensbedürftig" ist nicht das erste Buch von Klaus Dörner, das sich mit dem Problem des Alterns in unserer heutigen Gesellschaft befaßt. Es knüpft direkt an das Buch "Leben

und Sterben wo ich hingehöre" an, das im Jahr 2007 erschienen ist und in dem der Autor seine Utopie eines umfassenden deinstitutionalisierten Hilfesystems mit Bürgerbeteiligung vorstellt. Er geht davon aus,

*dass wir in der Tat in absehbarer Zeit so weit sein können, wenn wir bloß wollen, dass alle Menschen mit Handicaps bis hin zur Demenz, ihrem Wunsch folgend, in eigenen vier Wänden oder zumindest in der Vertrautheit ihres Stadtviertels bzw. Dorfes leben und sterben [können].*

(Seite 8)

Klaus Dörner hat sich in seinem Buch "Helfensbedürftig" auf die Spurensuche nach alternativen Modellen für ein Zusammenleben von Alt und Jung in der heutigen Zeit gegeben und die Ergebnisse seiner Suche akribisch zusammengetragen. Ohne zu werten, stellt er die verschiedenen Ideen und Ansätze, die es in kleinen und großen Gemeinden in Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt, vor. Für ihn bietet jeder Ansatz, jede Initiative in dieser Richtung die Chance, etwas zu verändern und die alten Menschen in das alltägliche Leben zu integrieren oder anders gesagt, sie nicht aus dem alltäglichen Leben zu entlassen.

Daß alle Konzepte erst entwickelt werden müssen und bei ihrer Umsetzung häufig korrekturbedürftig sind, setzt er als selbstverständlich voraus. Doch jede Idee ist besser, als die Abschiebung alter Leute in Heime, in denen sie die letzten Jahre ihres Lebens oftmals in Armut und ohne jede Möglichkeit, ihren Teil zum gesellschaftlichen Leben beizutragen, vor sich hinvegetieren. Jeder Mensch braucht seinen Teil an sozialer Anerkennung. Abgeschoben in Heime wird ihnen die Erfüllung dieses Bedürfnisses verweigert.

Das Ansinnen von Dörner ist es, durch die Sammlung und Vorstellung der verschiedensten Beispiele neuer Hilfeformen sowie durch eine kriti-

sche Bewertung und Verallgemeinerung der unterschiedlichen Ansätze eine neue und zukunftsfähige Hilfkultur für alle zu fördern. Im zweiten Schritt möchte er dann "die Verantwortlichen und Machthaber in den verschiedenen gesellschaftlichen Hierarchien - von der Kommune über die Wirtschaft bis zur Bundespolitik - ins Boot [...] holen." (Seite 6), um dieses bürgerschaftliche Engagement der Basis auf gesamtgesellschaftliche Füße zu stellen.

Mehr als 1000 Reisen hat der Autor in den letzten Jahren auf sich genommen, um die verschiedenen Projekte zu besuchen und kennenzulernen. Dabei war es ihm von Anfang an ein besonderes Anliegen, zur Verknüpfung beizutragen, denn viele Ideen kämpfen mit gleichen oder ähnlichen Problemen und können sich durch einen gegenseitigen Austausch befördern.

Bei seinen Recherchen ist Klaus Dörner auf ein Phänomen gestoßen, das er als eine Art neue Bürgerhilfebewegung bezeichnet und das mit dem vom Autor neu geschaffenen Begriff "helfensbedürftig" auch in den Titel des Buchs Eingang gefunden hat. Es beschreibt die Erkenntnis des Autors, daß heute im Unterschied zu früher "ein bis zwei Drittel der Bevölkerung dazu neigen, einen Teil ihrer so schönen freien Zeit als 'soziale Zeit' für Andere zu verausgaben". (Seite 6) Das Bedürfnis, helfen zu wollen und helfen zu können, stelle, so der Autor, das tragende Element für ein nachhaltiges Engagement der Bürger dar, denn die Erfüllung dieses Bedürfnisses sei eine Grundvoraussetzung für ein zufriedenes Leben.

Es ist das Verdienst des Autors, daß er seine ganze Streitbarkeit und sein Engagement im Sinne dieser Helfensbedürftigkeit und der neuen Bürgerhilfebewegung einsetzt, um seiner Vision einer umfassenden Inklusion, also der Idee eines gleichberechtigten und unbehinderten Zusammengehörens aller Menschen - auch der alten - näherzukommen.

Doch stellt sich dem kritischen Leser an dieser Stelle die Frage, inwieweit sich Dörners Idee, die ein Interesse an der Unterstützung nicht nur der Familie, sondern auch der Nachbarn voraussetzt, verallgemeinern läßt und ob sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht schon längst in eine ganz andere Richtung entwickelt haben. Denn Dörner geht bei seinen Ausführungen von Bürgern einer Mittel- und Oberschicht aus, die sich diese unbezahlte Helfenskultur in ihrem dritten Lebensalter, d.h. in den 15 bis 20 Jahren nach Beendigung ihrer beruflichen Tätigkeit, in denen sie sich noch guter Gesundheit und Leistungsfähigkeit erfreuen, zu eigen machen können, da ihnen genügend Zeit sowie Geld bzw. Rente für ihr Auskommen zur Verfügung steht. Sie können es sich leisten, sich bürgerschaftlich zu engagieren, während ein großer und anwachsender Teil der Bevölkerung sozial nicht so gut abgesichert ist und auch im dritten Lebensalter noch mit existenziellen Sorgen zu kämpfen hat, die wenig Kraft und Raum für Nachbarschaftshilfe übrig lassen.

Die Motive für ein bürgerschaftliches Engagement, die Dörner auf Nachfrage genannt wurden, lassen sich mit der Lebenswirklichkeit dieser Menschen kaum in Deckung bringen:

*[...], dass man außer dem Konsum und Genuss seiner freien Zeit ein Gleichgewicht zwischen Nehmen und Geben brauche, also außer Freizeit auch ein bisschen sozialgebundene Zeit, um sich gesund zu fühlen, außer Entlastung auch Belastung (seine Tagesdosis an Bedeutung für Andere), um zur Auslastung und damit zur Gesundheit zu kommen und drittens das Interesse an einem Gleichgewicht zwischen sowohl kostenlosen als auch bezahlten Tätigkeiten, je mehr mein Tun sich etablierten Dienstleistungen nähert (im Sinne der Dienstleistungsgesellschaft als Tätigkeitsgesellschaft). (S. 79)*

Die vom Autor positiv gewerteten Zeichen könnten auch anders gedeutet werden, denn schwere Zeiten und die Not haben Menschen schon immer näher zusammenrücken lassen. Der Sozialstaat, von dem Dörner ausgeht, existiert in dieser Form schon längst nicht mehr und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die von Dörner angestrebte Förderung des privatwirtschaftlichen sowie des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements dazu führt, daß dieses letztlich als Feigenblatt für den weiteren Abbau staatlicher Sozialleistungen erhalten muß.

Das Buch ist sicherlich keine leichte Lektüre. Doch wer sich mit dem brisanten Thema des Alterns in unserer heutigen Gesellschaft allgemein oder im ureigensten Interesse beschäftigt, für den erweist es sich als wahre Fundgrube für Anregungen, Adressen und Sekundärliteratur. Akribisch hat der Autor seine Ausführungen mit Fußnoten und Quellenangaben versehen. Allen Hinweisen nachzugehen, hieße den Lesefluß ständig zu unterbrechen. Doch im Einzelfall und insbesondere an Stellen, an denen die Ausführungen und Schlußfolgerungen des Autors etwas kurz gefaßt sind, ermöglichen es gerade diese präzisen Angaben, die Hintergründe der angestellten Überlegungen zu erkunden. Und die Mühe lohnt sich, denn zum einen hilft sie dabei, der Recherche des Autors leichter zu folgen, und zum anderen wird der interessierte Leser dabei möglicherweise den ein oder anderen lohnenden Exkurs entdecken, der das Thema auf anregende Weise vertieft.

#### **Fußnote:**

[1] Vortrag "Was meint Inklusion? Zwischen Idee und Realitäten" von Prof. Dr. Theo Klauß am 11. Mai 2009 in Bergisch Gladbach

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar615.html>

## SPORT / BOXEN / MELDUNG

**Soll Vitali Klitschko endlich Farbe bekennen?***WBC fordert Offenlegung seiner Zukunftspläne*

Der letzte Kampf Vitali Klitschkos liegt nun schon mehr als ein Jahr zurück. Dabei steht für den WBC-Weltmeister im Schwergewicht seit geraumer Zeit eine Pflichtverteidigung gegen den Kanadier Bermane Stiverne an, der sich in einem Ausscheidungskampf gegen Chris Arreola durchgesetzt hat. Nach Angaben des Ukrainers hinderte ihn eine Verletzung daran, sich diesem Gegner im Herbst zu stellen. Im Frühjahr werde er jedoch bereit sein, Stiverne im Ring gegenüberzutreten.

Ende Oktober kündigte der 42-jährige Oppositionspolitiker vor dem Parlament in Kiew an, er werde bei der Präsidentenwahl im März 2015 kandidieren. Damit reagierte der Fraktionsvorsitzende der Partei UDAR auf Versuche der Regierungskoalition um Staatschef Viktor Janukowitsch, seine Kandidatur zu verhindern. Mit dieser Offenlegung seiner politischen Zukunftspläne, die Mutmaßungen neue Nahrung gab, er werde nicht mehr in den Ring zurückkehren, hat Klitschko offenbar den Verband WBC dazu veranlaßt, den Champion nicht länger nach Belieben gewähren zu lassen.

Am letzten Tag des WBC-Konvents in Bangkok wurde der Weltmeister aufgefordert, bis zum 30. November zu seinen Zukunftsplänen Stellung zu nehmen. Das ist zwar allenfalls ein Wink mit dem Zaunpfahl und beileibe kein Ultimatum, könnte aber dennoch geeignet sein, etwas Bewegung in die Stagnation zu bringen. Das Management Klitschkos hat bislang versichert, daß der Champion seine Pflichtverteidigung absolvieren will. Laut K2-Geschäftsführer Tom Loeffler hofft man auf einen Termin im März oder April nächsten Jahres, was von Stivernes Promoter Camille Estephan auch akzeptiert wird.

Danach schaltete sich jedoch Klitschkos ehemaliger Gegner Manuel Charr ein, der in der Rangliste des WBC unterdessen auf Platz sechs vorgerückt ist. Der Kölner fordert einen Kampf gegen Stiverne und erklärt, er stehe derzeit in Verhandlungen mit Don King. Estephan wies Charr jedoch darauf hin, daß man sich von King getrennt habe und derzeit einen Prozeß gegen den Promoter führe.[1] Ob Charr nicht ganz im Bilde war, lediglich einen Versuchsballon gestartet hat oder von Stivernes Management ausmanövriert wird, bleibt Gegenstand müßiger Spekulation. Gut möglich, daß die WBC-Führung überhaupt nicht vorhat, Vitali Klitschko ernsthaft zu einer Entscheidung zu drängen oder gar zu zwingen, sondern lediglich alle jene Stimmen mundtot machen will, die von Privilegien der Klitschkos sprechen und endlich wieder einen Kampf um den WBC-Titel im Schwergewicht sehen wollen.

\*

**Golden Boy macht Cotto Kampf gegen Alvarez schmackhaft**

Saul Alvarez hat den prestigeträchtigen Kampf gegen Floyd Mayweather klar nach Punkten verloren, dabei jedoch die weitaus höchsten Einkünfte seiner Karriere erzielt. Wieviel genau der erst 22-jährige Mexikaner dabei verdient, läßt sich nur in einer groben Schätzung beziffern. Das als "Kampf des Jahres" apostrophierte Duell hat mit rund 150 Millionen Dollar den größten Ertrag eingefahren, der je im Bezahlfernsehen erzielt wurde. Da beide Boxer vertraglich an diesen Einnahmen beteiligt sind, verdienen sie im Endeffekt erheblich mehr als die garantierten Börsen von 41,5 Millionen Dollar für den US-

Amerikaner und rund 12 Millionen für den Mexikaner.

Wenngleich Alvarez einen derart außergewöhnlichen Zahltag so schnell nicht wieder erleben wird, läßt sich mit ihm doch nach wie vor sehr viel Geld verdienen. Sein Promoter Golden Boy hat nun Miguel Cotto, der Weltmeister in drei Gewichtsklassen war, ein Angebot von mehr als 10 Millionen Dollar für ein Duell mit Saul Alvarez gemacht. Willigt der Puertoricaner ein, soll der Kampf am 8. März stattfinden und im Pay-per-View-Verfahren auf Showtime ausgestrahlt werden. Laut Geschäftsführer Richard Schaefer hat Cotto zugesichert, sich ernsthaft mit dem Angebot zu befassen und ihn wissen zu lassen, wofür er sich entscheidet.

Miguel Cotto zieht bekanntermaßen einen Kampf gegen Sergio Martinez in Betracht, den WBC-Weltmeister im Mittelgewicht. Sollte er jedoch gegen den Argentinier verlieren, würde er danach für einen Kampf gegen Alvarez natürlich erheblich weniger bekommen. Daran läßt auch Schaefer keinen Zweifel, der zudem an die gesundheitlichen Probleme des Argentiniers erinnert, dessen Rückkehr im Frühjahr keineswegs sicher sei. Was einen Kampf gegen Martinez betreffe, gehe Cotto folglich ein beträchtliches Risiko ein, sich zu verspekulieren.[2]

**Fußnoten:**

[1] <http://www.boxen.de/news/wbc-beschluss-klitschko-muss-bis-zum-30-november-ueber-boxerische-zukunft-entscheiden-29908>

[2] <http://www.boxen.de/news/golden-boy-bietet-cotto-10-millionen-fuer-duell-gegen-alvarez-an-29903>

*<http://www.schattenblick.de/info-pool/sport/boxen/sbxm1252.html>*

**Hinweis: KUNST / REPORT / INTERVIEW**

**Traumgenau dem Wunsch entgegen - mit Hanna Schygulla im Gespräch**

***Trotzdem***

*Interview mit Hanna Schygulla am 28. Oktober 2013*



*Hanna Schygulla*  
Foto: © Beat Presser

Eine Katze, sagt man, hat sieben Leben. Hanna Schygulla auch - bis jetzt. Zusammen mit Rainer Werner Fassbinder wurde sie Ende der 60er Jahre zum Wegbereiter des Neuen Deutschen Films, Die Ehe der Maria Braun und Lili Marleen machten sie weltberühmt, die Liste der Regisseure, mit denen sie gearbeitet hat, ist so lang wie namhaft: Jean-Luc Godard, Marco Ferreri, Volker Schlöndorff,

Wim Wenders, um nur einige wenige zu nennen. Daneben hat sie auch immer wieder Theater gespielt, beeindruckte als Gerhart Hauptmanns Rose Bernd oder in Elfriede Jelineks Der Tod und das Mädchen. Anfang der 80er startete sie eine Karriere als Sängerin und tourte mit französischen Chansons, Brechtschen Balladen und klassischem Liedgut durch ganz Europa. Mit Dokumentationen und Videoinstallationen machte sie sich auch als Filmemacherin einen Namen. Als ihre Eltern hilfsbedürftig

werden, wird sie zur Altenpflegerin. Anlässlich ihres 70. Geburtstages im Dezember hat sie jetzt ihre Autobiographie vorgelegt: Wach auf und träume. Im nächsten Jahr wird sie als Dozentin an der Hochschule für Gestaltung in Genf ein Gastspiel geben.

Mit dem Schattenblick sprach Hanna Schygulla über die Motivation zu schreiben, Vergangenheit und Zukunft, Träume und Visionen, die Zeit von '68, über Deutschland, Zufälle und Widersprüche und über alte Klischees.

Schattenblick (SB): Frau Schygulla, ich habe Ihre Autobiographie mit großem Interesse und mit Vergnügen gelesen, und ich war überrascht, wieviel gelebtes Leben in so ein doch relativ schmales Bändchen paßt.

Hanna Schygulla (HS:) Ich hatte nie vor, ein dickes Buch zu schreiben. Wenn ich selber ein dickes Buch sehe, entfährt mir immer ein Seufzer, weil ich schon weiß, daß ich nicht bis zum Ende komme.

<http://www.schattenblick.de/infopool/kunst/report/kuri0024.html>

**Hinweis: BUCH / BIOGRAPHIE / REZENSION**

*Hanna Schygulla*  
**Wach auf und träume**  
*Die Autobiographie*

*Hanna Schygulla*  
**Wach auf und träume**  
*Die Autobiographie*  
200 Seiten, 63 Abbildungen  
Schirmer/Mosel Verlag,  
München 2013  
19,80 Euro  
ISBN 978-3-8296-0658-5

<b>BÜRGER UND GESELLSCHAFT</b>	Lampedusa in Hamburg - Christenpflicht und Staatsräson, Pastor Sieghard Wilm ...	Seite 1
<b>POLITIK - REDAKTION</b>	Kämpfe in Tripolis - Libyen vor dem Bürgerkrieg	Seite 9
<b>POLITIK - KOMMENTAR</b>	Wir sind Deutschland? - Wir sind Lampedusa!	Seite 10
<b>SCHACH-SPHINX</b>	Pyrrhussieg in Buenos Aires	Seite 12
<b>TAGESSPALT</b>	Kurzweiliges für den 09.11.2013	Seite 12
<b>BUCH - SACHBUCH</b>	Klaus Dörner - Helfensbedürftig. Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert	Seite 13
<b>SPORT - BOXEN</b>	Soll Vitali Klitschko endlich Farbe bekennen?	Seite 16
<b>HINWEIS</b>	Interview mit Hanna Schygulla zu ihrer Buchrezension	Seite 17
<b>DIENSTE - WETTER</b>	Und morgen, den 9. November 2013	Seite 18

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 9. November 2013**

+++ Vorhersage für den 09.11.2013 bis zum 10.11.2013 +++



Weil 's heut' ungemütlich ist,  
hat Jean-Luc den besten Grund,  
daß er wie versessen frißt  
und mit nimmersattem Schlund.

© 2013 by Schattenblick

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.